



VÖLKL & PARTNER

ÖFFENTLICHES NOTARIAT

Für das Handelsgericht Wien bestimmte stempelfreie

## BEURKUNDUNG

I Andreas Efthymoulou hereby certify that  
this is a true copy of the original document  
which I have seen.

der

Name: Andreas Efthymoulou

Position: Director

Company: PEK LTD (Chartered Certified Accountants)

Address: Central Court, 3rd floor suite

17 Demosthenis Severis Avenue

CY1080, Lefkosia, Cyprus

Office: +357 22 86 50 00

ICPAC Registration No. 543

Date 22/10/2024

Stiftungszusatzurkunde

der

**CRIMSON Privatstiftung**

(FN 211266k)

In der gültigen Fassung zum 13.06.2024



VÖLKL & PARTNER  
ÖFFENTLICHES NOTARIAT

ÖFFENTLICHER NOTAR DR. CHRISTOPH VÖLKL & PARTNER, KOMMANDIT-PARTNERSCHAFT

FN 563612 t · PORZELLANGASSE 39 · 1090 WIEN

TELEFON: +43 (1) 406 43 94

TELEFAX: +43 (1) 406 43 94-17

E-MAIL: kanzlei@notar-voelkl.at

ATU77261259



# STIFTUNGSZUSATZURKUNDE

## § 1

### Errichtungserklärung

(1) Die Stifter: -----

a) Herr Mag. Roland Haas, geboren am 19.12.1961 (neunzehnten Dezember neunzehnhunderteinundsechzig), Vorstand, wohnhaft in 3400 Klosterneuburg, Fellergraben 36, (in der Folge auch "Erststifter" genannt),-----

b) Frau Vanja Haas, geboren am 06.11.1971 (sechsten November neunzehnhunderteinundsiebzig), Private, wohnhaft in 3400 Klosterneuburg, Fellergraben 36,-----

haben mit Stiftungsurkunde vom 3. (dritten) Juli 2001 (zweitausendundeins) die **CRIMSON Privatstiftung** mit Sitz in Klosterneuburg errichtet. -----

Gemäß § 13 (Paragraph dreizehn) der Stiftungsurkunde wird hiermit die Stiftungszusatzurkunde wie folgt neu gefasst: -----

## A. BEGÜNSTIGTE

## § 2

### Bestimmung der Begünstigten

(1) Nach § 10 (Paragraph zehn) Absatz 1 (eins) der Stiftungsurkunde sind jene Personen Begünstigte der Stiftung, welche der Stiftungsvorstand hierzu nach Maßgabe der näheren Bestimmungen der Stiftungszusatzurkunde bestimmt. Der Stiftungsvorstand ist bei

der Beschlussfassung über die Bestimmung der Begünstigten an die Regelungen dieser Stiftungszusatzurkunde gebunden. Jede andere Verfügung ist unzulässig und unwirksam.-----

(2) Dem Stiftungsvorstand obliegt die Feststellung der Begünstigten nach Maßgabe der folgenden Regelungen: -----

- (a) Zu Lebzeiten des Erststifters ist dieser der alleinige Begünstigte der Stiftung, ausschließlich der Erststifter kann bestimmen, dass zu seinen Lebzeiten noch weitere Personen Begünstigte der Stiftung werden. Derartige Verfügungen haben schriftlich gegenüber dem Stiftungsvorstand zu erfolgen. -----
- (b) Sämtliche Erträge der Stiftung sind, sofern der Erststifter nicht schriftlich anderes gegenüber dem Stiftungsvorstand bestimmt, für Zuwendungen an den Erststifter reserviert. Zuwendungen an den Erststifter sind jedoch erst nach vorgehender Beschlussfassung des Stiftungsbeirates gemäß § 3 (Paragraf drei) Absatz 2 (zwei) dieser Stiftungszusatzurkunde zulässig.-----
- (c) Nach Ableben des Erststifters geht die Begünstigtenstellung auf jene Person (EM) über, welche der Erststifter in seiner letztwilligen Verfügung bestimmt hat. -----
- (d) Hinterlässt der Erststifter keine gültige letztwillige Verfügung, so geht die jeweilige Begünstigtenstellung unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen über die gesetzliche Erbfolge auf dessen gesetzliche Erben über. -----
- (e) Jeder Begünstigte, sofern er ein direkter Nachkomme des Erststifters ist, kann in der Folge durch schriftliche Erklärung an den Stiftungsvorstand oder durch letztwillige Verfügung bestimmen, auf wen seine Begünstigtenstellung (zu Lebzeiten und/oder nach seinem Ableben) übergeht. Unterlässt ein Begünstigter eine derartige Verfügung, so geht die Begünstigtenstellung unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen

gen über die gesetzliche Erbfolge auf die gesetzlichen Erben dieses Begünstigten, bei ausdrücklichem Ausschluss des Aneignungsrechtes des Bundes, über.-----

(f) Die auf die Zuwendungen entfallende Steuer haben die jeweiligen Begünstigten nach den für sie jeweils geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen zu tragen. -----

(g) Solange ein Begünstigter das 25. (fünfundzwanzigste) Lebensjahr nicht vollendet hat, hat sich der Stiftungsvorstand nach besten Kräften darum zu bemühen, dass dem Begünstigten ein den persönlichen Verhältnissen der Familien des Erststifters angemessener und der wirtschaftlichen Lage der Stiftung zumutbarer Lebensunterhalt gewährt und ihm eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung zuteil wird, sofern hiefür nicht bereits anderweitig Vorsorge getroffen wurde. Nach Vollendung des 25. (fünfundzwanzigsten) Lebensjahres sind allenfalls jene Zuwendungen, die nach Bestreitung der vorgenannten Aufwendungen noch verbleiben und für den Begünstigten in der Stiftung angespart wurden, dem Begünstigten auf dessen Wunsch in einem auszufolgen. Sodann ist der Begünstigte, sofern die Stiftungszusatzerklärung in der jeweiligen Fassung nicht anderes bestimmt, in allen Belangen den übrigen Begünstigten gleichgestellt. Jene Zuwendungen, welche für die Begünstigten bis zur Vollendung des 25. (fünfundzwanzigsten) Lebensjahres angespart werden und damit Bestandteil des Stiftungsvermögens bleiben, sind auf einem eigenen Verrechnungskonto auszuweisen. -----

(h) Der Stiftungsvorstand hat, abgesehen von Sonderbedürfnissen aufgrund Ausbildung, Krankheit und/oder Not, die vom Erststifter bestimmten Begünstigten aus dem Kreis seiner Nachkommen in weiterer Folge nach Stämmen - analog dem gesetzlichen Erbrecht - mit Zuwendungen grundsätzlich gleich zu behandeln, ebenso die Begünstigten innerhalb eines Stammes. Für die Begünstigten der Folgegenerationen gilt diese Regelung analog, so dass Zuwendungen grundsätzlich unter analoger fortlaufender Anwendung der Bestimmungen des gesetzlichen (österreichischen) Erbrechtes zum

Zeitpunkt der jeweiligen Übertragung der Begünstigtenstellung, jedoch unter ausdrücklichem Ausschluss der Erbrechtsgrenze, aufzuteilen sind. -----

### § 3

#### Zuwendung an Begünstigte

- (1) Die Zuwendungen an die Begünstigten sind entsprechend der Verteilungskriterien in § 2 (Paragraph zwei) der Stiftungszusatzurkunde vorzunehmen, soweit in den folgenden Absätzen nicht anderes bestimmt ist. -----
- (2) Vor der Gewährung von Zuwendungen bedarf es eines Beschlusses des Stiftungsbeirates, worin die Höhe und der Zeitpunkt der gewünschten Zuwendung anzugeben sind.
- (3) Nach dem Ableben des Erststifters sind zwischen 30 (dreißig) und 50 (fünfzig) Prozent des jeweiligen Jahresüberschusses der Stiftung nach näherer Entscheidung des Stiftungsvorstandes an die Begünstigten zuzuwenden. Mit Beschluss des Stiftungsbeirates mit einer 2/3 – Mehrheit kann jedoch auch beschlossen werden, dass mehr oder weniger als der jeweilige Jahresüberschuss bis zu maximal 10 % der Vermögenssubstanz an die Begünstigten als Zuwendung gewährt wird. -----
- (4) Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen oder von Immobilien sind bei der Ermittlung des jeweiligen Jahresüberschusses, welcher Basis für die Zuwendung an die Begünstigten ist, abzuziehen. Daraus resultierende Erträge sind daher grundsätzlich nicht zuwendungsfähig. Nur mit Beschluss des Stiftungsbeirates mit einer 2/3 – Mehrheit kann beschlossen werden, dass Gewinne, die aus der Veräußerung der vorgenannten Vermögenswerte stammen, jedoch nicht mehr als 10 % der gesamten Vermögensmasse, an die Begünstigten zugewendet werden dürfen. -----

- (5) Soweit in dieser Stiftungszusatzurkunde nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, entsteht ein Anspruch auf Erhalt von Zuwendungen erst, nachdem der Stiftungsvorstand einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Der Stiftungsvorstand hat sich bei der Beschlussfassung über die Höhe und den Zeitpunkt der Zuwendungen nach Möglichkeit an den entsprechenden Beschluss des Stiftungsbeirates zu halten. -----
- (6) In Notfällen wie Krankheit, Gebrechlichkeit, Unfall oder sonstigen Schicksalsschlägen ist den Begünstigten aus den Erträgen der Stiftung so viel zuzuwenden, wie sie infolge der Krankheit, Bedürftigkeit, etc. allenfalls zusätzlich zu den sonstigen Zuwendungen für einen angemessenen Lebensunterhalt und für eine angemessene Versorgung (ärztliche Behandlung, Betreuung durch Fachärzte und sonstiges Krankenpersonal) benötigen. Über die Gewährung derartiger Zuwendungen entscheidet der Stiftungsvorstand.
- (7) Ferner kann der Stiftungsvorstand ohne Zustimmung des Beirates Sonderzuwendungen bis € 100.000,-- pro Jahr in folgenden Fällen gewähren: -----
- bei unverschuldeter wirtschaftlicher Notlage eines Begünstigten, insbesondere Überschuldung; bei sachlich gerechtfertigten Gründen können auch bei verschuldeter Notlage Zuwendungen gewährt werden, insbesondere, wenn dies im Interesse des Ansehens der Familien des Erststifters liegt; -----
  - Ausbildung von Begünstigten zu einem vom Begünstigten oder dessen Angehörigen angestrebten Beruf; -----
  - Berufliche Existenzgründung und Existenzverbesserung von Begünstigten; -----
  - Schaffung, Erwerb oder Verbesserung von Wohnraum für einen Begünstigten, welcher den Lebensverhältnissen der Familien des Erststifters angemessen ist. Der Stiftungsvorstand hat danach zu trachten, dass bei zukünftigen Zuwendungen ein angemessener Ausgleich erzielt wird. -----

- (8) Die Gewährung von Sachzuwendungen an Stelle von Geldzuwendungen ist zulässig. Die Gewährung von Geld- oder Sachzuwendungen kann auch mit Auflagen verbunden werden, insbesondere mit der Auflage, dass der Begünstigte zu Erhaltungsarbeiten an Liegenschaften, welche ihm zur Nutzung überlassen werden, verpflichtet wird.
- (9) Eine allfällige Anwartschaft auf Zuwendung sowie Zuwendungen, deren Gewährung bereits beschlossen wurde, dürfen ohne vorherige Zustimmung des Stiftungsvorstandes nicht veräußert, übertragen oder belastet werden.-----
- (10) Zuwendungen an Begünstigte haben zu unterbleiben,-----
- a) wenn sich der Begünstigte eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das eine Erbunwürdigkeit (§§ 539 ff ABGB) oder einen Enterbungsgrund (§§ 769 ff ABGB) gegenüber dem Erststifter oder einer Person darstellt, von der er die Begünstigtenstellung ableitet; -----
  - b) wenn sich der jeweilige Begünstigte gegenüber dem Erststifter oder einer Person, von der er die Begünstigtenstellung ableitet, eines Verhaltens schuldig macht, das einen groben Vertrauensbruch darstellt und auch nicht durch persönliche Umstände des Begünstigten (insbesondere seine Jugend oder sonstige Unerfahrenheit) gerechtfertigt werden kann; in diesem Fall haben Zuwendungen an den Begünstigten solange zu unterbleiben, bis der Stiftungsbeirat mit zumindest einer 2/3 – Mehrheit anderes beschließt; -----
  - c) wenn für den Begünstigten gerichtlich ein Erwachsenenvertreter (Sachwalter) bestellt wurde, gleichgültig für welche Angelegenheiten ein Erwachsenenvertreter bestellt wurde, für die Dauer der Erwachsenenvertreterbestellung;-----

- d) wenn der Begünstigte von einem Rausch- oder sonstigem Suchtgift abhängig ist und sich keiner Entwöhnungsbehandlung unterzieht, für die Dauer der Abhängigkeit vom Rausch- oder sonstigem Suchtgift; -----
- (11) Die nach den vorstehenden Bestimmungen verwirkten Zuwendungen verbleiben in der Stiftung und bleiben damit Bestandteil des Stiftungsvermögens. Sollte sich ein Begünstigter in Not befinden oder liegen sonstige wichtige Gründe vor, so kann der Stiftungsvorstand in den Fällen der lit. b) bis lit. d) trotz der vorstehenden Beschränkungen insoweit Zuwendungen an die Begünstigten beschließen, als dies zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes des Begünstigten erforderlich ist. -----
- (12) Ferner haben Zuwendungen an Begünstigte zu unterbleiben, wenn die Gefahr besteht, dass diese Zuwendungen Gläubigern im Wege eines Zwangsvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens oder auf Grund von mit den Gläubigern getroffenen Vereinbarungen zukommen. -----
- (13) Voraussetzung für sämtliche Zuwendungen ist ferner, dass-----
- a) diese Zuwendungen nicht staatlichen oder sonstigen Maßnahmen (ausgenommen steuerliche Bestimmungen) unterliegen, welche sich nach Ansicht des Stiftungsvorstands für den Begünstigten konfiskatorisch auswirken oder sonst bewirken, dass der Begünstigte nicht frei und unbeeinflusst über seine Zuwendungen verfügen kann; letzteres ist insbesondere dann der Fall, wenn der Begünstigte einer Religionsgemeinschaft, einer Sekte oder sonstigen Vereinigung angehört, die weder derzeit noch im Zeitpunkt der Zuwendung gesetzlich anerkannt ist, und deshalb zu befürchten ist, dass die Zuwendungen des Begünstigten aus der Stiftung dieser Religionsgemeinschaft, Sekte bzw. sonstigen Vereinigung zukommen;-----
- b) der Begünstigte über die Zuwendungen nach den Gesetzen des Landes, in dem die Zuwendungen ausgefolgt werden, frei verfügen kann. -----

(14) Sollte sich ein Begünstigter in Not befinden oder liegen sonstige wichtige Gründe vor, so kann der Stiftungsvorstand trotz der vorstehenden Beschränkungen Zuwendungen an den Begünstigten beschließen. -----

(15) Der Stiftungsvorstand hat dafür Sorge zu tragen, dass jedenfalls -----

- a. die Ehefrau des Stifters, Frau **Eva HAAS**, geb. 18.02.1979 (achtzehnten Februar neunzehnhundertneunundsiebzig), Grüntal 38, 3412 Klosterneuburg, eine nach dem von der Statistik Austria verlautbarten Verbraucherpreisindex VPI 2020 (zweitausendzwanzig), Basismonat Juni 2024 (zweitausendvierundzwanzig) wertgesicherte, monatliche Zuwendung von netto € 5.000,00 (Euro fünftausend) nach Abzug allfälliger Steuern, und -----
- b. die Kinder des Stifters, **Raphael HAAS**, Bachelor of Science, geboren am 26.02.1990 (sechszwanzigsten Februar neunzehnhundert-neunzig), Sobieskigasse 37/11, 1090 Wien, **Helena HAAS**, geboren am 18.04.2000 (achtzehnten April zweitausend), Handelskai 132A/1/75, 1020 Wien, **Maximilian HAAS**, geboren am 16.10.2011 (sechzehnten Oktober zweitausendelf), Grüntal 38, 3412 Klosterneuburg, **Lara HAAS**, geboren am 06.02.2014 (sechsten Februar zweitausendvierzehn), Grüntal 38, 3412 Klosterneuburg, nach Erreichen des 18. (achtzehnten) Lebensjahres, jeweils eine nach dem von der Statistik Austria verlautbarten Verbraucherpreisindex VPI 2020 (zweitausendzwanzig), Basismonat Juni 2024 (zweitausendvierundzwanzig) wertgesicherte, monatliche Zuwendung von jeweils netto € 2.000,00 (Euro zweitausend) nach Abzug allfälliger Steuern erhalten.-----

Darüber hinaus gehende Zuwendungen sind nach Beurteilung des Stiftungsvorstandes möglich. -----

## B. STIFTUNGSVERMÖGEN

### § 4

#### Vermögensverwaltung; Widmung weiteren Vermögens

- (1) Das Stiftungsvermögen ist in seinem Wert, abgesehen von Zuwendungen an Begünstigte, möglichst ungeschmälert zu erhalten. Im Übrigen gilt für Zuwendungen an Begünstigte § 3 (Paragraph drei) dieser Stiftungszusatzurkunde in der jeweiligen Fassung. -----

- (2) Das Stiftungsvermögen und die Erträge daraus, letztere soweit sie nicht für Zuwendungen an Begünstigte verwendet werden, sind bestmöglich nach dem Grundsatz der langfristigen Werterhaltung und unter Berücksichtigung einer angemessenen Risikostreuung anzulegen. -----
- (3) Guthabensstände, die auf einem Verrechnungskonto zu Gunsten eines Begünstigten ausgewiesen sind, sind vom Stiftungsvorstand risikoarm zu veranlagern. -----

## C. VERGÜTUNG UND INNERE ORDNUNG DER STIFTUNGS- ORGANE

### § 5

#### Vergütung des Stiftungsvorstandes und des Stiftungsbeirates

- (1) Jedes Mitglied des Stiftungsvorstandes hat Anspruch auf eine angemessene Vergütung und erhält darüber hinaus gegen Belegnachweis den Ersatz seiner Barauslagen, die ihm bei Ausübung seiner Tätigkeit entstehen. Die Höhe der Vergütung setzt der Stiftungsbeirat jährlich im Vorhinein fest und hat zumindest 1 % des jeweiligen Jahresüberschusses ohne Berücksichtigung von Veräußerungsgewinnen zu betragen. -----
- (2) Mit der Vergütung gemäß Absatz 1 (eins) sind alle Leistungen, die die Mitglieder des Stiftungsvorstandes in diesen Funktionen erbringen, abgegolten. -----
- (3) Die Mitglieder des Stiftungsbeirates üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Gegen Belegnachweis werden ihnen jene Barauslagen in angemessener Höhe erstattet, die ihnen bei Ausübung ihrer Tätigkeit entstehen. -----

## § 6

### Zustimmungspflichtige Geschäfte

- (1) Folgende Geschäfte bedürfen im Innenverhältnis der vorherigen Zustimmung des Stiftungsbeirates, sofern nicht gesetzliche Bestimmungen entgegen stehen: -----
- a. der Abschluss von Rechtsgeschäften, die außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes aus der Stiftung liegen oder für die Stiftung von grundsätzlicher Bedeutung sind; -----
  - b. die entgeltliche oder unentgeltliche Übertragung von wesentlichen Vermögenswerten aus der Stiftung (einschließlich Umgründungen im weiteren Sinn), sofern der Wert der hievon betroffenen Teile des Stiftungsvermögens € 100.000,-- (Euro einhunderttausend) übersteigt; -----
  - c. der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften und Grundstücksgleichen Rechten; -----
  - d. der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Beteiligungen über 25 % oder über € 100.000,-- (Euro einhunderttausend) ; -----
  - e. Investitionen, soweit das Einzelprojekt in seiner wirtschaftlichen Einheit oder soweit die Einzelvergabe an ein- und denselben Auftraggeber den Betrag von € 100.000,-- (Euro einhunderttausend) übersteigt; -----
  - f. der Abschluss von Rechtsgeschäften, welche die Stiftung länger als zwölf Monate binden, sofern die hieraus entstehenden Verpflichtungen für die Stiftung den Betrag von insgesamt € 100.000,-- (Euro einhunderttausend) übersteigen; -----
  - g. die Aufnahme von Anleihen, Darlehen und Krediten und Wechselverbindlichkeiten; -----
  - h. die Ausübung des Stimmrechtes in Gesellschafterversammlungen von Gesellschaften, an denen die Stiftung zu mindestens 20 (zwanzig) Prozent der Stimmrechte oder des Kapitals beteiligt ist, -----

- i. Rechtsgeschäfte mit Mitgliedern des Stiftungsvorstandes und deren nahen Angehörigen im Sinne des § 32 (Paragraph zweiunddreißig) Insolvenzordnung, ----
  - j. Rechtsgeschäfte mit Begünstigten und deren nahen Angehörigen im Sinne des § 32 (Paragraph zweiunddreißig) Insolvenzordnung, ausgenommen die Gewährung von Zuwendungen nach Maßgabe der Stiftungszusatzurkunde in der jeweils geltenden Fassung; -----
  - k. der Abschluss und die Abänderung von Anstellungsverträgen sowie die Erteilung von Handlungsvollmachten; -----
  - l. jede Änderung der Stiftungserklärung, soweit diese nach § 11 (Paragraph elf) Absatz 2 (zwei) der Stiftungsurkunde in den Zuständigkeitsbereich des Stiftungsvorstandes fällt. -----
- (2) Die in Absatz 1 (eins) b, c, d, i, j, k und l genannten Geschäfte bedürfen eines Beschlusses des Stiftungsbeirates, welcher eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erfordert.-----

## § 7

### Organisation des Stiftungsbeirates

- (1) Als weiteres Stiftungsorgan wird gemäß § 8 (Paragraf acht) der Stiftungsurkunde ein Stiftungsbeirat bestellt. Er besteht aus einem bis sechs Mitgliedern. Der Stiftungsbeirat hat – zusätzlich zu den ihm in der Stiftungserklärung in der jeweiligen Fassung zugewiesenen Aufgaben – den Stiftungsvorstand bei der Verwaltung des Stiftungsvermögens und der Bestimmung der Begünstigten sowie des Umfangs der Leistungen an diese zu beraten und soll für die Wahrung des Stiftungszweckes Sorge tragen. Die Mitglieder des ersten Stiftungsbeirates werden vom Erststifter bestellt, welcher auch zu bestimmen hat, aus wie vielen Mitgliedern der erste Stiftungsbeirat besteht. -----

- (2) Mitglied des Beirates kann nur eine natürliche Person sein, sofern sie das 25. (fünfundzwanzigste) Lebensjahr vollendet und in ihrer Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit nicht beschränkt ist. -----
- (3) Dem Stiftungsbeirat gehört zunächst nur der Erststifter an. Der Erststifter kann jedoch beschließen, dass bereits zu seinen Lebzeiten andere Personen Mitglieder des Stiftungsbeirates werden. Derartige Verfügungen haben schriftlich gegenüber dem Stiftungsvorstand zu erfolgen. -----
- (4) Nach dem Ableben des Erststifters werden (bleiben) jene Personen Mitglieder des Stiftungsbeirates, welche der Erststifter zu Lebzeiten oder in seiner letztwilligen Verfügung bestimmt hat. Überdies ist jeder zu diesem Zeitpunkt gemäß § 2 Begünstigte berechtigt, ein Beiratsmitglied zu nominieren.-----

Nach Ableben einer Person aus diesem Begünstigtenkreis haben in weiterer Folge die von diesem Begünstigten zu Lebzeiten oder letztwillig eingesetzten oder von ihm durch gesetzliches Erbrecht abgeleiteten Begünstigten das, in der Gewichtung der Stimmen in der fortgesetzten analoger Anwendung des (österreichischen) gesetzlichen Erbrechtes, gemeinsam auszuübende Recht, mit einem zumindest 2/3- Mehrheits-Beschluss jeweils ein Beiratsmitglied, das die Voraussetzungen gemäß diesem Punkt erfüllt, zu bestimmen (in der Folge auch kurz „Nominierungsrecht“), so dass auf Dauer die zukünftige Zahl der Beiratsmitglieder auf höchstens sechs begrenzt ist. -----

In weiterer Folge wird dieses gemeinsame Nominierungsrecht (für jeden unmittelbaren vom Stifter bestimmten Begünstigten oder von diesem aufgrund Anwendung des gesetzlichen Erbrechtes normierten Begünstigten) auf die jeweiligen Nachfolger dieses Begünstigten als weitere Begünstigte gemeinsam übertragen, welche ihr Nominierungsrecht nur einstimmig ausüben können. Im Falle der Nichteinigung mehrerer

Nominierungsberechtigter ruht für die Dauer der Nichteinigung die entsprechende Beiratsfunktion. -----

Sollte sich mangels weiterer Erben bzw. Nachkommen die Zahl der Beiratsmitglieder auf ein Beiratsmitglied reduzieren, so ist dieses berechtigt, in analoger Anwendung der vorstehenden Bestimmungen, pro Stamm seiner Nachkommen bzw. Begünstigten ein Nominierungsrecht (neu) durch schriftliche (auch letztwillige) Verfügung zu begründen. -----

- (5) Ist ein Nominierungsberechtigter (noch) nicht eigenberechtigt, ist das Nominierungsrecht durch seinen gesetzlichen Vertreter auszuüben. -----
- (6) Die jeweils Nominierungsberechtigten können sich auch selbst zum Mitglied des Beirates bestellen. -----
- (7) Die Mitglieder des Stiftungsbeirates werden jeweils auf unbestimmte Dauer bestellt. Jedes Mitglied des Stiftungsbeirates kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist auch ohne wichtigen Grund mit schriftlicher Anzeige an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstandes bzw. bei dessen Verhinderung an den Stellvertreter zurücklegen. -----
- (8) Der Erststifter kann auch ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes jederzeit einzelne oder alle Mitglieder des Stiftungsbeirates abberufen. Nach Ableben des Erststifters sind die jeweiligen Nominierungsberechtigten berechtigt, das jeweils von ihnen nominierte Beiratsmitglied auch ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes mit einem zumindest 2/3- Mehrheits-Beschluss abzuberaufen. -----
- (9) Ein Mitglied des Stiftungsvorstandes kann nicht zugleich Mitglied des Stiftungsbeirates sein. -----

- (10) Der Stiftungsbeirat wählt, sofern er aus mehr als einer Person besteht, jeweils für die Dauer von drei Geschäftsjahren aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden. Sofern bei Ablauf der Funktionsperiode kein Beschluss des Stiftungsbeirates erfolgt, verlängert sich die Funktionsperiode jeweils um weitere drei Geschäftsjahre. Scheidet der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter aus dem Beirat aus, ist unverzüglich eine entsprechende Nachbestellung für die restliche Funktionsperiode vorzunehmen. -----
- (11) Der Stiftungsbeirat wird durch den Vorsitzenden bzw. bei dessen Verhinderung durch dessen Stellvertreter vertreten. -----
- (12) Der Stiftungsbeirat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Jedem Beiratsmitglied kommt eine Stimme zu. Zu Lebzeiten des Erststifters kommen diesem so viele Stimmen zu, dass er die Stimmenmehrheit im Beirat besitzt. Dem Vorsitzenden des Stiftungsbeirates kommt ein Dirimierungsrecht zu. Sollte zu einer bestimmten Angelegenheit kein Beschluss zustande kommen, so geht für die Dauer der Nichteinigung die entsprechende Entscheidungskompetenz auf den Stiftungsvorstand über. Dasselbe gilt, wenn und solange aus welchen Gründen immer, kein Stiftungsbeirat bestellt sein sollte. Der Stiftungsbeirat ist berechtigt, sich eine Geschäftsordnung zu geben, andernfalls die Geschäftsordnung für den Stiftungsvorstand analog anzuwenden ist. -----
- (13) Der Beirat bestellt die (Nachfolge-)Mitglieder des Stiftungsvorstandes nach Ableben des Erststifters gemäß § 6 Absatz (8) und (9) der Stiftungsurkunde. Er ist auch (nach Ableben des Erststifters) berechtigt, Mitglieder des Stiftungsvorstandes aus wichtigem Grund abzurufen. -----

- (14) Den Mitgliedern des Stiftungsbeirates sind vom Stiftungsvorstand der Jahresabschluss und der Lagebericht der Stiftung sowie der Bericht des Stiftungsprüfers zu übersenden. Auf Verlangen des Stiftungsbeirates hat der Stiftungsvorstand an dessen Beratungen teilzunehmen. Der Stiftungsbeirat kann Ersatzansprüche gegen Mitglieder der Stiftungsorgane für die Stiftung geltend machen, wenn im Bericht des Stiftungsprüfers oder eines allfälligen Sonderprüfers Tatsachen festgestellt worden sind, aus denen sich derartige Ersatzansprüche ergeben können. Zur Führung eines Rechtsstreits gegen Stiftungsorgane kann der Beirat besondere Vertreter bestellen. -----
- (15) Die Mitglieder des Stiftungsbeirates haben das Recht auf jederzeitige Einsicht in die Bücher und Schriften der Stiftung während der üblichen Bürozeiten. Dieses Bucheinsichtsrecht kann jederzeit mit oder ohne Beiziehung eines Wirtschaftstreuhänders ausgeübt werden.

## **D. AUFLÖSUNG DER STIFTUNG**

### **§ 8**

#### **Vermögenszuwendung bei Auflösung der Stiftung**

- (1) Letztbegünstigte dieser Stiftung sind, soweit die Stiftungserklärung in der jeweiligen Fassung nicht anderes bestimmt, jene Personen, die zum Zeitpunkt der Auflösung der Stiftung Begünstigte gemäß § 2 (Paragraph zwei) dieser Stiftungszusatzurkunde sind. Das bei Auflösung der Stiftung zu verteilende Vermögen ist an die Letztbegünstigten entsprechend den Verteilungskriterien des § 2 (Paragraph zwei) zuzuwenden. -----
- (2) Die Vermögensaufteilung ist nach Möglichkeit so vorzunehmen, dass eine Versilberung des Stiftungsvermögens unterbleibt. -----

- (3) Eine Vermischung des Vermögens der aufgelösten Stiftung mit dem Vermögen des oder der Letztbegünstigten ist erst nach Ablauf der Aufgebotsfristen nach § 36 (Paragraph sechsunddreißig) Absatz 2 (zwei) Privatstiftungsgesetz in Verbindung mit § 213 (Paragraph zweihundertdreizehn) Aktiengesetz zulässig. -----
- (4) Ist im Zeitpunkt der Auflösung der Stiftung kein Begünstigter mehr vorhanden oder kein Letztbegünstigter bereit, das nach Abwicklung der Stiftung verbleibende Vermögen zu übernehmen, so ist Letztbegünstigter das SOS Kinderdorf (eingetragen im Zentralen Vereinsregister zu ZVR 844967029) oder deren Rechtsnachfolger. -----

## E. SONSTIGES

### § 9

#### Änderung der Stiftungserklärung

- (1) Das Recht zur Änderung der Stiftungszusatzurkunde richtet sich nach § 11 (Paragraph elf) der Stiftungsurkunde. -----
- (2) Ergänzend hierzu gilt, dass eine Änderung der Stiftungsurkunde oder der Stiftungszusatzurkunde, welche jemanden in seinen Rechten als derzeitiger oder zukünftiger Begünstigter oder in seinen Rechten in Bezug auf den Stiftungsbeirat beeinträchtigen könnte, der vorherigen Zustimmung des jeweils Betroffenen bedarf. -----

## § 10

### Schlussbestimmungen

- (1) Die in der Stiftungserklärung bzw. Stiftungszusatzurkunde genannten absoluten Beträge sind gemäß dem von der Statistik Austria Index der Verbraucherpreise 2015 (zweitausendfünfzehn) wertgesichert. Ausgangsbasis ist die für den Monat Jänner 2019 (zweitausendneunzehn) verlautbarte Indexzahl. Die Valorisierung ist jeweils ab dem dem Bilanzstichtag folgenden Kalendertag wirksam. Sollte der Verbraucherpreisindex 2015 (zweitausendfünfzehn) nicht mehr verlautbart werden, so gilt der an seine Stelle tretende Verbraucherpreisindex bzw. jener Index, der dem zuletzt verlautbarten Verbraucherpreisindex am nächsten kommt. -----
- (2) Soweit in dieser Stiftungszusatzurkunde nicht anderes bestimmt ist, gelten für diese Stiftung die Bestimmungen der Stiftungsurkunde in der jeweils geltenden Fassung. ----
- (3) Im Zweifel gehen die Bestimmungen dieser Stiftungszusatzurkunde den Bestimmungen der Stiftungsurkunde vor. -----

## § 11

### Schiedsgericht

- (1) Soweit gesetzlich nicht zwingend die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte vorgesehen ist, wird für sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Stiftungserklärung in der jeweiligen Fassung sowie für sämtliche Streitigkeiten aus dem Verhältnis zwischen der Stiftung und deren Organen sowie aus dem Verhältnis zwischen der Stiftung und den Begünstigten, aber auch zwischen den Organen und den Begünstigten untereinander, die ausschließliche Zuständigkeit eines Schiedsgerichtes nach den Bestimmungen der österreichischen Zivilprozessordnung vereinbart. -----

- (2) Bestellt eine Streitpartei binnen vier Wochen ab entsprechendem Verlangen keinen Schiedsrichter oder können sich die von den Streitparteien bestellten Schiedsrichter nicht binnen vier Wochen ab Bestellung der übrigen Schiedsrichter auf die Person des Vorsitzenden einigen, so ist der fehlende Schiedsrichter über Antrag einer Partei durch den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Wien zu bestellen. -----
- (3) Sitz des Schiedsgerichtes ist Wien oder jener Ort, auf welchen sich die Schiedsrichter einstimmig einigen. -----

Ich beurkunde, dass dieser Wortlaut der Stiftungszusatzurkunde der CRIMSON Privatstiftung, FN 211266 k, mit dem Sitz in Wien -----

1) in ihrem § 3 (Paragraph drei) Punkt 15 (fünfzehn) mit dem Wortlaut, wie er in dem mir  
urschriftlich                      vorliegenden                      Notariatsakt                      GZ                      6797  
(sechstausendsiebenhundertsiebenundneunzig) der vorgenannten Gesellschaft vom  
heutigen Tag beurkundet ist, und -----

2) in den anderen Punkten mit dem Wortlaut aller übrigen, aufrechten, unverändert  
gebliebenen Bestimmungen der Stiftungszusatzurkunde dieser unter FN 211266 k,  
eingetragenen Gesellschaft übereinstimmt. -----

Wien, am 13.06.2024 (dreizehnten Juni zweitausendvierundzwanzig) -----



  
DR. CHRISTOPH VÖLKL  
ÖFFENTLICHER NOTAR



VÖKL & PARTNER  
NOTARY PUBLIC

---

**Unstamped, intended for the Vienna Trade Registry**

**THE CERTIFICATION**

Supplementary Foundation Deed

of

CRIMSON Privatstiftung  
FN 211266 k

In force as of 13.06.2024.



---

NOTARY PUBLIC DR. CHRISTOPH VÖKL & PARTNER, LIMITED PARTNERSHIP  
FN 563612 t · PORZELLANGASSE 39 · 1090 VIENNA

TELEFON: +43 (1) 406 43 94  
FAX: +43 (1) 406 43 94-17

E-MAIL: [kanzlei@notar-voelkl.at](mailto:kanzlei@notar-voelkl.at)  
ATU77261259

## SUPPLEMENTARY FOUNDATION DEED

### §1 Founding Statement

- (1) The trustees: -----
- a) **Mr. Mag. Roland Haas**, born on 19 December 1961, President, domiciled at: 3400 Klosterneuburg, Fellergraben 36 (hereinafter referred to as the "First Trustee"),--
- b) **Mrs. Vanja Haas**, born on 06.11.1971 (sixth November nineteen hundred and seventy-one), private, residing in 3400 Klosterneuburg, Fellergraben 36,-----

established the **CRIMSON Private Foundation** with its registered office in Klosterneuburg by deed of foundation dated 3 (third) July 2001 (two thousand and one)

Pursuant to Section 13 (paragraph thirteen) of the foundation deed, the supplementary foundation deed is hereby amended as follows:

### A. BENEFICIARIES

#### §2 Determination of beneficiaries

- (1) According to § 10 para. 1 of the Foundation Deed, the beneficiaries of the foundation are those persons who are designated by the board of the foundation in accordance with the detailed provisions of the supplementary foundation deed. The Board of Directors is obliged to comply with the provisions of this supplementary foundation deed when making a decision on the determination of beneficiaries. Any other order is inadmissible and ineffective. -----
- (2) The board of directors is responsible for determining the beneficiaries in accordance with the following regulations: -----
- (a) During the lifetime of the First Trustee, that person is the sole beneficiary of the foundation, only the First Trustee can cause other persons to become beneficiaries of the foundation during his lifetime. Such requests shall be made in writing to the board of directors.
- (b) Unless the First Trustee decides otherwise in writing to the board of the foundation, all income of the foundation is reserved for donations to the First Trustee. However, donations to the First Trustee are only permitted after the previous decision of the foundation's advisory board, in accordance with § 3 para. 2 of this supplementary foundation deed.
- (c) After the death of the First Trustee, the beneficiary status passes to the person (EM) whom the First Trustee designated by will.
- (d) If the First Trustee does not leave a valid last will and testament, the said beneficiary position is transferred to his legal heirs with the reasonable application of the legal succession provisions.
- (e) Each beneficiary, provided that he is a direct descendant of the First Trustee, may subsequently determine to whom the beneficiary status is transferred (during his lifetime and/or after his death) by a written declaration addressed to the board of directors of the foundation or by direct will. If a beneficiary fails to issue such an order, the beneficiary status passes to the legal heirs of that beneficiary with the appropriate application of the regulations regarding legal succession, with the express exclusion of the right of appropriation conferred by the federal government.

- (f) Donation tax must be borne by the respective beneficiaries in accordance with the tax regulations applicable to them.
- (g) As long as a beneficiary has not reached the age of 25 (twenty-five), the board of directors of the foundation must make every effort to ensure that the beneficiary has a living adequate to the personal circumstances of the family of the First Trustee and reasonable for the economic situation of the foundation, providing him with a training commensurate with his abilities and inclinations, unless other precautions to that effect have already been taken. After the beneficiary reaches 25 years of age, any donations remaining after the aforementioned expenses have been met and saved for the beneficiary in the foundation must be given to the beneficiary in one installment at the beneficiary's request. The recipient is then treated equally in all respects to the other institutions, unless the supplementary declaration of the foundation in its respective version states otherwise. Those donations that are held for beneficiaries until age 25 (twenty-five) and thus remain part of the foundation's assets must be presented in a separate clearing account.
- (h) Apart from special needs due to training, illness and/or hardship, the foundation board then selects beneficiaries designated by the First Trustee from among his descendants according to affiliation - analogous to the law of statutory inheritance - in principle, donations should be treated in equally, like the beneficiaries of a certain membership. This regulation applies analogously to the beneficiaries of subsequent generations, so that the benefits are to be distributed in principle with the similar ongoing application of the provisions of the (Austrian) statutory inheritance law at the time of the respective transfer of the beneficiary status, but with the express exclusion of the limit succession law.

### **§3**

#### **Grants for beneficiaries**

- (1) Donations to beneficiaries will be made in accordance with the distribution criteria provided for in art. 2 of the supplementary foundation deed, unless otherwise provided in the following paragraphs.
- (2) Before granting the grants, a decision of the Advisory Council of the Foundation is required, specifying the amount and duration of the desired grant.
- (3) After the death of the First Trustee, between 30 (thirty) and 50 (fifty) percent of the foundation's annual surplus must be distributed to the beneficiaries according to a subsequent decision of the foundation's board. However, by decision of the foundation's advisory board with a 2/3 majority, it can also be decided that more or less than the respective annual surplus up to a maximum of 10% of the assets is given to the beneficiaries in the form of a grant.
- (4) Profits from the sale of investments or real estate must be deducted when determining the respective annual net profit, which is the basis of the donation to the beneficiaries. Therefore, the resulting income is in principle not eligible for funding. Only by decision of the Advisory Council of the Foundation with a majority of 2/3 can it be decided that the profits resulting from the sale of all the assets mentioned above, but not more than 10% of the total assets, can be donated to the beneficiaries.
- (5) Unless expressly provided otherwise in this supplementary foundation deed, the request to receive donations appears only after the foundation's board has adopted a corresponding decision. When deciding on the amount and timing of donations, the foundation board must, as far as possible, adhere to the appropriate decision of the foundation's advisory board.

- (6) In emergency situations such as illness, infirmity, accident or other blows of fate, part of the foundation's income is to be granted to the beneficiaries as necessary as a result of illness, need, etc. if necessary, in addition to the other benefits for a reasonable living and for adequate care (medical treatment, care by specialists and other care staff). The board of the foundation decides on the granting of such donations.
- (7) In addition, the foundation board may grant, without the consent of the advisory board, special grants of up to EUR 100,000 per year in the following cases:
- in the case of an employee's economic difficulties, through no fault of their own, especially excessive indebtedness; if the reasons are objectively justified, donations can also be granted in the event of an emergency related to debts, especially if this is in the interest of the reputation of the family of the First Trustee;
  - Training the beneficiaries in a profession to which the beneficiary or his relatives aspire;
  - Starting a professional business and improving the livelihood of the beneficiaries;
  - The acquisition, purchase or improvement of a living space for a beneficiary that is suitable for the living conditions of the family of the First Trustee. The foundation board must make efforts to ensure that adequate compensation is obtained for future donations.
- (8) It is allowed to grant benefits in kind instead of monetary donations. The granting of monetary or material donations may also be subject to certain conditions, in particular the condition that the beneficiary is obliged to carry out maintenance work on the properties that are made available to him for use.
- (9) Any right to a subsidy or grants whose award has already been decided cannot be sold, transferred or encumbered without the prior consent of the foundation board.
- (10) Donations to beneficiaries must be avoided,
- a) if the beneficiary is guilty of a behaviour that constitutes an inheritance (§§ 539 et seq. ABGB) or a reason for disinheritance (§§ 769 et seq. ABGB) towards the First Trustee or a person from whom he obtains the status of beneficiary;
  - b) if the said beneficiary is guilty of a behavior towards the First Trustee or a person from whom he obtains the status of beneficiary which represents a serious breach of trust and cannot be justified by the personal circumstances of the beneficiary (in particular the youth or other lack of experience); in this case, donations to the beneficiary must not be made until the advisory board of the foundation decides otherwise by a majority of at least 2/3;
  - c) for which the court appointed an legal representative (guardian) for the beneficiary, regardless of the issues for which an legal representative was appointed, during the appointment of the legal representative;
  - d) if the beneficiary is addicted to a drug or other addictive substance and does not undergo treatment, during the addiction to the drug or other addiction;
- (11) Grants forfeited pursuant to the above shall remain in the foundation and therefore remain part of the assets of the foundation. If a beneficiary is in need or there are other important reasons, the board of the foundation can decide to make donations to the beneficiary in the cases b) - d), notwithstanding the above restrictions, unless this is necessary to cover the beneficiary's necessary living expenses.
- (12) In addition, donations to beneficiaries will not be made if there is a risk that these donations will reach creditors in the framework of enforcement or insolvency proceedings or on the basis of agreements concluded with creditors.

(13) Another prerequisite for any donation is that -----

- a) these donations are not subject to governmental or other measures (with the exception of fiscal regulations) which, in the opinion of the Executive Committee, have a confiscatory effect on the beneficiary or have an effect in another way, that the beneficiary cannot influence freely and uncontrolled donations; the latter is the case in particular when the beneficiary belongs to a religious community, sect or other association that is not legally recognized either now or at the time of granting the grant, and therefore it is feared that the beneficiary's donations will come from the foundation of this religious communities, sects or other associations
- b) the beneficiary can freely dispose of the donations in accordance with the laws of the country where the donations are made.

(14) If a beneficiary is in need or there are other important reasons, the board of the foundation may decide to make donations to the beneficiary, despite the above restrictions.

(15) The board of directors must ensure at least

- a. the wife of the Trustee, **Mrs. Eva HAAS**, born on February 18, 1979, Grüntal 38, 3412 Klosterneuburg, a protected monthly value according to the consumer price index CPI 2020 published by Statistics Austria, base month June 2024, grant of 5,000.00 euros net (five thousand euros) after deducting any taxes and
- b. children of the Trustee, **Raphael HAAS**, Bachelor of Science, born 26 February 1990, Sobieskigasse 37/11, 1090 Vienna, **Helena HAAS**, born 18 April 2000, Handelskai 132A/1/75, 1020 Vienna, **Maximilian HAAS**, born on October 16, 2011 (October 16, two thousand and eleven), Grüntal 38, 3412 Klosterneuburg, **Lara HAAS**, born February 6, 2014, Grüntal 38, 3412 Klosterneuburg, after reaching age 18, each receives a net monthly allowance of EUR 2,000.00 (two thousand euros) after deduction of any taxes, each of which is guaranteed in accordance with the consumer price index CPI 2020 (two thousand and twenty), base month June 2024 (two thousand and twenty-four), published by Statistics Austria

Additional donations are possible at the discretion of the foundation board.

## **B. ASSETS OF THE FOUNDATION**

### **§ 4**

#### **Asset management; Dedication of other assets**

- (1) The value of the foundation's assets must be kept as undiminished as possible, apart from donations to beneficiaries. Otherwise, § 3 of this supplementary foundation deed in its current version applies to donations to beneficiaries.
- (2) The assets of the foundation and its income, to the extent that they are not used for donations to beneficiaries, must be invested as best as possible in accordance with the principle of long-term value preservation and taking into account the appropriate diversification of risks.
- (3) Credit balances that are posted to a clearing account for the benefit of a beneficiary must be invested by the foundation board in a low-risk manner.

## **C. COMPENSATION AND INTERNAL ORDER OF THE BODIES OF THE FOUNDATION**

### **§ 5**

#### **Remuneration of the foundation board and foundation advisory board**

- (1) Each member of the board of directors of the foundation is entitled to appropriate remuneration and, upon receipt of documentary evidence, shall also be reimbursed for any cash expenses incurred by him in the performance of his activities. The board of directors sets annually in advance the amount of the remuneration and it must amount to at least 1% of the respective annual surplus, taking into account capital gains.
- (2) Remuneration in accordance with para. 1 covers all services provided by members of the Executive Committee in these capacities.
- (3) The members of the Advisory Council of the Foundation perform their work on an honorary basis. If you provide proof of receipt, you will be reimbursed for any cash expenses you incur in the course of your business.

## **§ 6**

### **Transactions subject to approval**

- (1) The following transactions require the prior approval of the Board of Directors internally, unless the legal provisions conflict with it:
  - a. entering into legal transactions that are outside the foundation's normal business operations or are of fundamental importance to the foundation;
  - b. the transfer, for a fee or free of charge, of significant assets from the foundation (including reorganizations in a broad sense), provided that the value of the affected parts of the foundation's assets exceeds €100,000 (one hundred thousand euros);
  - c. acquisition, sale and encumbrance of real estate and property rights;
  - d. the purchase, sale and encumbrance of shares of more than 25% or more than € 100,000 (one hundred thousand euros);
  - e. Investments if the individual project in its economic unit or if the individual assignment to one and the same customer exceeds the amount of €100,000 (one hundred thousand euros).
  - f. concluding legal transactions that bind the foundation for more than twelve months, provided that the resulting obligations for the foundation exceed the total amount of €100,000 (one hundred thousand euros);
  - g. raising bonds, loans and credits and bills of exchange;
  - h. exercising the right to vote in the shareholders' meetings of the commercial companies in which the foundation holds at least 20 (twenty) percent of the voting rights or the capital
  - i. Legal transactions with the members of the board of directors of the foundation and their close relatives within the meaning of art. 32 of the Insolvency Code;
  - j. Legal transactions with beneficiaries and their close relatives within the meaning of art. 32 of the Insolvency Code, with the exception of the granting of donations in accordance with the additional act of incorporation in the version in force;
  - k. concluding and executing employment contracts as well as granting power of attorney;

1. any modification of the foundation statement, insofar as it falls within the area of responsibility of the foundation board in accordance with art. 11 para. 2 of the deed of foundation.
- (2) The transactions referred to in paragraph 1, b, c, d, i, j, k and l require a decision of the Advisory Council of the Foundation, which requires a two-thirds majority of the votes cast.

## **§ 7**

### **Organization of the foundation's advisory board**

- (1) As another body of the foundation, an advisory council of the foundation is appointed in accordance with art. 8 of the constitutive act. It consists of one to six members. The foundation's advisory board must - in addition to the tasks assigned to it under the foundation's Declaration in its current version - advise the foundation's Board on the management of the foundation's assets and the determination of the beneficiaries and the scope of their benefits, and should ensure that the purpose of the foundation is protected. The members of the foundation's first advisory board are appointed by the First Trustee, who must also determine how many members the foundation's first advisory board consists of.
- (2) A natural person can be a member of the advisory board only if he has reached the age of 25 and is not limited in his ability to act and make decisions.
- (3) Initially, only the First Trustee belongs to the advisory board of the foundation. However, the First Trustee can decide that other people become members of the foundation's advisory board during his lifetime. Such orders must be made in writing to the board of directors.
- (4) After the death of the First Trustee, those persons who were appointed by the First Trustee during his lifetime or in his will, shall become (remain) members of the advisory board of the foundation. In addition, each beneficiary at this time has the right to appoint a member of the advisory board in accordance with art. 2.

After the death of a person from this group of beneficiaries, the other beneficiaries designated by this beneficiary during his lifetime or in the last instance by the law of statutory inheritance are subject, in the weighting of votes in the continuation of the analogous application of the law of statutory inheritance (Austrian), to the right exercised jointly by to appoint, by a decision of at least 2/3 majority, a member of the Advisory Board who meets the requirements set out in this point (hereinafter referred to as "the right to nominate"), so that in the long term the future number of members of the Advisory Board is limited to a maximum of six.

Subsequently, this joint naming right (for each beneficiary directly designated by the Trustee or beneficiary standardized by the Trustee based on the application of the law of statutory inheritance) is jointly transferred to the respective successors of this beneficiary as additional beneficiaries, who can only exercise their right of nomination unanimously. In case of disagreement between several persons with the right to nominate, the corresponding advisory board function will be suspended for the duration of the disagreement.

If the number of members of the advisory board is reduced to one member of the advisory board due to the lack of additional heirs or descendants, he has the right, in the analogous application of the above provisions, to establish a (new) right of appointment for each group of descendants or to its beneficiaries through a written provision (also testamentary).

- (5) If a person entitled to nominate is not (yet) entitled to do so, the right to nominate must be exercised by his/her legal representative.
- (6) Those entitled to nomination may appoint themselves as members of the advisory board.

- (7) The members of the advisory board of the foundation are each appointed for an indefinite period. Any member of the foundation's advisory board may resign with four weeks' notice, even without cause, by giving written notice to the chairman of the foundation's board or, if he is unable to do so, to the deputy.
- (8) The First Trustee may at any time remove one or all members of the advisory board of the foundation, even without a valid reason. After the death of the First Trustee, those entitled to nominate have the right to revoke the member of the advisory board they appointed by a decision of at least 2/3 of the majority, even without good reason.
- (9) A member of the foundation's board cannot also be a member of the foundation's advisory board.
- (10) If it consists of several people, the Board of Directors elects a president and a vice-president from among its members for a period of three financial years. If the Advisory Council of the Foundation does not take any decision at the end of the mandate, the mandate will be extended for another three financial years. In the event that the chair or his/her deputy leaves the advisory board, an appropriate replacement must be made immediately for the remaining term.
- (11) The Advisory Council of the Foundation is represented by the president or, in case of impossibility to participate, by his deputy.
- (12) The board of directors takes decisions with a simple majority of the votes cast. Each member of the advisory board has one vote. During the First Trustee's lifetime, he receives so many votes that he has the dishonorable vote on the advisory board. The chairman of the foundation's advisory board has the right to lead. If no decision is reached on a particular issue, the appropriate decision-making authority passes to the foundation board for the duration of the disagreement. The same applies if and for any reason no foundation advisory board has been appointed. The board of directors is entitled to issue its own rules of procedure, otherwise the rules of procedure for the board of directors must be applied analogously.
- (13) The advisory board appoints the members (successors) of the foundation board after the death of the First Trustee, in accordance with art. 6 para. (8) and (9) of the deed of foundation. He also has the right (after the death of the First Trustee) to remove the foundation board members for important reasons.
- (14) The foundation's board of directors must send the foundation's advisory board members the annual financial statements and the management report, as well as the foundation's auditor's report. At the request of the foundation's advisory board, the foundation's board must participate in its deliberations. The foundation's advisory board may bring claims for damages against members of the foundation's bodies for the foundation if the report of the foundation's auditor or any special auditor has identified facts from which such claims for damages could arise. The Advisory Board may appoint special representatives to conduct litigation against foundation bodies.
- (15) Members of the foundation's advisory board have the right to inspect the foundation's books and documents at any time during normal business hours. This right to inspect the book can be exercised at any time with or without the involvement of an accountant.

## **D. DISSOLUTION OF THE FOUNDATION**

### **§ 8**

#### **Transfer of assets upon dissolution of the foundation**

- (1) The assets to be distributed upon dissolution of the foundation must be distributed to the final beneficiaries in accordance with the distribution criteria provided for in art. 2.
- (2) If possible, the assets should be divided in such a way that the assets of the foundation are not touched.
- (3) A merging of the assets of the dissolved foundation with the assets of the final beneficiary or beneficiaries is allowed only after the expiration of the notice periods, in accordance with art. 36 para. 2 of the Private Foundation Law in conjunction with art. 213 of the Law on joint-stock companies.
- (4) If there is no beneficiary at the time of the dissolution of the foundation or no final beneficiary is willing to take over the remaining assets after the liquidation of the foundation, the final Beneficiary is SOS Kinderdorf (registered in the central register of associations under no. ZVR 844967029) or the legal successor of this one.

## **E. MISCELLANEOUS**

### **§ 9**

#### **Amendment of the Deed of Foundation**

- (1) The right to change the supplementary foundation deed is regulated by art. 11 of the deed of foundation.
- (2) In addition, an amendment to the foundation deed or supplementary foundation deed, which could affect someone's rights as a current or future beneficiary or his rights in relation to the foundation's advisory board, requires the prior consent of the person concerned.

### **§ 10**

#### **Final provisions**

- (1) The absolute amounts stated in the declaration of foundation or supplementary certificate of foundation are guaranteed in accordance with the Consumer Price Index 2015 (two thousand and fifteen) published by Statistics Austria. The starting point is the index number announced for the month of January 2019. The capitalization is effective from the calendar day following the balance sheet date. If the 2015 consumer price index is no longer published, the consumer price index that replaces it or the index closest to the last published consumer price index will apply.
- (2) Unless otherwise provided in this supplementary foundation deed, the provisions of the foundation deed in the version currently in force apply to this foundation.
- (3) In case of doubt regarding the provisions of this supplementary foundation deed, the provisions of the founding act are preferred.

**§ 10**  
**Court of Arbitration**

- (1) To the extent that the law does not necessarily provide for the jurisdiction of ordinary courts, it will be responsible for all disputes related to the foundation's declaration in its current version as well as for all disputes arising from the relationship between the foundation and its bodies, as well as from the relationship between the foundation and beneficiaries, but also between bodies and beneficiaries among themselves, the exclusive jurisdiction of an arbitral tribunal is agreed in accordance with the provisions of the Austrian Code of Civil Procedure.
- (2) If a party to the dispute does not appoint an arbitrator within four weeks of the appropriate request, or if the arbitrators appointed by the parties to the dispute cannot agree on the person of the chairman within four weeks of the appointment of the remaining arbitrators, the arbitrator who is absent must be appointed by the president of the Vienna Bar at the request of a party.
- (3) The seat of the arbitration court is Vienna or the place on which the arbitrators unanimously agree.

I certify that this drafting of the supplementary foundation deed of **CRIMSON Privatstiftung**, FN 211266 k, with registered office in Vienna,

- 1) 1) in § 3 of its point 15 (fifteen) with the wording documented in the notarial deed GZ 6797 of the above-mentioned company of today, which I hold in the original copy, and
- 2) the other points correspond to the drafting of all the other, valid, unmodified provisions of the supplementary foundation deed of this company registered under FN 211266 k

Vienna, 13.06.2024 (June thirteenth, two thousand and twenty-four) -----

*Round stamp with the inscription:*

*Dr. Christoph Völkl*

*Notary Public*

*Vienna – Alsergrund, Vienna*

*REPUBLIC OF AUSTRIA*

*-2-*

*Undecipherable signature*

*Initialed with the inscription: Dr. Christoph Völkl*

*Notary Public*